Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 64 (1984)
Heft: 6

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Pakistans afghanische Bürde

Furcht vor «Libanonisierung»

Seitdem im Dezember vergangenen Jahres dem pakistanischen Planungsminister in Moskau Kreditzusagen in unerwarteter Höhe gemacht wurden, wollen die Spekulationen über ein pakistanisches Umkippen in der Afghanistan-Frage nicht verstummen. Mehr noch als Ägypten ist Pakistan ein Land der Staudämme. Tarbela am Indus übertrifft Assuan und ist der bisher grösste Staudamm überhaupt. Die Pakistaner haben bereits ein weiteres Projekt dieser Art bei Kalabagh (Schwarzwald) in Angriff genommen – und wieder einmal sind die Russen mit grosszügiger Unterstützung eingesprungen. Andere mit russischer Hilfe aufzubauende Kraftwerke und Industrieanlagen müssten in Kürze zu einer beachtlichen Präsenz russischer Techniker in Pakistan führen. Hierüber sind vor allem die arabischen Golfstaaten beunruhigt, deren Wirtschaftsinteressen auf vielfältige Weise mit Pakistan verknüpft sind, nicht zuletzt durch mehr als 30 000 pakistanische Militärs, die in den Golfstaaten Dienst tun. Das Baumwolland Pakistan verfügt ferner über eine gut entwickelte Textilindustrie; deshalb sind umfangreiche Warenaustauschabkommen mit der UdSSR besonders verlockend.

Eine solche Politik des Ausgleichs mit der Sowjetunion ist kein Novum in Islamabad. Die Militärregierung hat der Kremlführung in regelmässigen Abständen zu verstehen gegeben, dass Pakistan ganz und gar nicht auf eine Konfrontationspolitik angelegt sei. Was immer man dem afghanischen Widerstand an geringfügiger Unterstützung zukommen lasse, sei lediglich eine Demonstration, dass auch Islamabad eine Trumpfkarte besitze – nichts weiter.

Tatsächlich war die Haltung der pakistanischen Regierung von Anfang an weit weniger einseitig festgelegt, als viele Beobachter glaubten. Gewiss unterstützt sie den Freiheitskampf der Afghanen moralisch und, in weit geringerem Mass, auch materiell. Die Bewegungsfreiheit der afghanischen Widerstandskämpfer wird durch die pakistanischen Behörden nur wenig eingeschränkt. Dies hängt jedoch mit dem verfassungsgemässen Status des «Stammesgürtels» zusammen, der sich entlang der Grenze hinzieht und Siedlungsgebiete von Paschtunen umfasst, die beiderseits der Grenze beheimatet sind. Man gewährte ihnen innere Autonomie, dafür akzeptierten sie, dass die Aussenpolitik – und in weitläufigem Sinn auch die Verteidigung – von Islamabad verwaltet wurden.

Die pakistanischen Behörden hatten seit jeher nur begrenzt Zugang zu diesem Gebiet. Der «Stammesstreifen» war denn auch ein Schmugglerparadies, und bis in die siebziger Jahre hinein wurden aus anderen Landesteilen

Pakistans zahlreiche Menschen hierher verschleppt.

Die Beteuerungen Islamabads, man könne das Überschreiten der Grenze durch die Mudjahidin nicht unterbinden, sind deshalb keine Ausflucht. Dessen dürfte man sich auch in Moskau bewusst sein. Die pakistanische Regierung müsste erst einmal der inneren Autonomie des «Stammesstreifens», die die Verfassung garantiert, ein Ende setzen. Selbst dann aber wäre ein Versiegeln der Grenze wegen der geographischen Bedingungen dieses Gebirgslandes kaum realisierbar. Es ist deshalb kein Hohn, wenn pakistanische Regierungsvertreter den Russen sagen: «Versucht ihr es doch auf eurer Seite!»

Tatsächlich hat sich das Marionettenregime von Kabul darüber mit ostdeutschen Grenzspezialisten beraten. Die haben von einem «Mauerbau» abgeraten, weil er hier technisch nicht durchführbar sei.

Allenfalls könnte Islamabad die Mudjahidin dazu auffordern, die Hauptquartiere ihrer Organisationen aus der Provinzhauptstadt Peschawar in den «Stammesstreifen» zu verlegen. Ein sowjetisches Entgegenkommen in einigen wesentlichen Punkten würde das in der Tat bewirken. Als es im Verlauf der 1983 unter UN-Regie geführten Genfer Verhandlungen einmal fast so schien, als wäre Moskau zu Konzessionen bereit, erging eine solche Aufforderung an die politischen Vertretungen der Mudjahidin in Peschawar. Die Massnahme wurde jedoch nicht durchgeführt, als sich herausstellte, dass die Russen faktisch zu keinerlei Einlenken bereit sind.

Die Zustände in Peschawar beunruhigen die Islamabader Regierung. Die fundamentalistische Organisation «Islamische Partei Afghanistans» *(hezb-i islâmî)* unter Führung von Gulbuddîn Hekmatyâr unterhielt längere Zeit Privatgefängnisse und ermordete mehrere Dutzend politischer Gegner in Peschawar. Das veranlasste europäische Solidaritätskomitees zu Vorstössen in Islamabad. Hier hat es jedoch die Regierung vorgezogen, sich nach Möglichkeit aus den Zwisten der Mudjahidin herauszuhalten. Ausserdem dürften die vier pakistanischen Sicherheitsdienste (zwei zivile und zwei militärische) mit der Abwehr von Infiltranten voll ausgelastet sein.

Solidarität der Islamisten

Ein schwerwiegendes Problem für Islamabad ist die Verstrickung der pakistanischen Islamisten im afghanischen Konflikt. Die fundamentalistische «Islamische Partei Pakistans» *(djamâ' at-i islâmî)* war von Anfang an darauf ausgerichtet, ihre Gesinnungsgenossen unter den Mudjahidin zu unterstützen und ihnen ein Übergewicht gegenüber anderen, gemässigten bzw. laizistisch-nationalistischen Widerstandsverbänden zu verschaffen. Obwohl die nichtislamistischen Kampfverbände unter den Mudjahidin die Mehrheit ausmachen, sind die Islamisten unter den Afghanen eine nicht zu unterschätzende Kraft. Das verlockt die pakistanische «Islamische Partei» zu energischem Eingreifen, besonders mittels Waffenlieferungen und logistischer sowie medizinischer Betreuung.

Dabei ist auch an die islamistische Internationale zu denken. Die pakistanischen Islamisten sind bisweilen nur ein Glied in der Kette, verrichten eine

Art Kurierdienst zwischen Afghanistan und Saudi-Arabien.

Dennoch darf man die Militärregierung in Islamabad nicht ohne weiteres als einen Komplizen der «Islamischen Partei» Pakistans ansehen. General Zia ul-Haq hat sich zweifellos lange Zeit der Islamisten als einer Hausmacht bedient – mangels grösserer Popularität. Er ist aber nie Mitglied dieser Partei gewesen, vertritt vielmehr eine religiöse Position, die dem Fundamentalismus zwar nahekommt, letztlich aber doch eher der Orthodoxie zuzurechnen ist, abgesehen vom recht originellen Kolorit, das die anglo-indische Militärtradition seinem Islambild verleiht. Die «Islamische Partei» fühlt sich mittlerweile vom islamisierenden General an der Nase herumgeführt. Der radikalere, jüngere Flügel der Partei ist ohnehin auf Iran-Kurs eingeschwenkt und betrachtet Zia ul-Haq als einen Usurpatoren im Solde des «Grossen Satans». Aber auch unter der alten Garde der pakistanischen Islamisten, die nach wie vor Saudi-Arabien-hörig ist, herrscht Missstimmung. Einer der Gründe dafür ist das mangelnde Engagement der Militärregierung für die Sache des afghanischen Widerstands – eine Beurteilung, die durch die Sichtweite der Islamisten bestimmt ist.

Die Problematik mag durch das Beispiel des «Kommissars für afghanische Flüchtlinge» illustriert werden. Es gibt einen *Commissioner for Afghan Refugees* für die Nordwestgrenzprovinz und einen für die Provinz Balutschistan. Der Kommissar für die NWFP, Abdullah, wurde 1983 durch Rustam Shah ersetzt. Abdullah war Islamist durch und durch und machte aus seiner Bevorzugung der Gesinnungsgenossen unter den Afghanen kein Hehl, oftmals zum Nachteil der übrigen Mudjahidin. Sein Nachfolger, Rustam Shah, ist als Liberaler eher dem säkularistischen Hauptlager der Bürokratie zuzurechnen. Seine Ernennung wurde von der Mehrzahl der Afghanen mit Erleichterung aufgenommen.

Der Fall darf aber auch nicht allein aus der Sicht ideologischer Machtkämpfe oder politischer Ränkespiele gesehen werden. Bei beiden, Abdullah und Rustam Shah, handelt es sich um integre Beamte, die im Ruf stehen, äusserst kompetent zu sein. Die Ablösung Abdullahs durch Rustam Shah lässt sich als Verwaltungsroutine erklären.

Die Frage islamistischer Unterstützung für Gesinnungsgenossen im afghanischen Widerstand ist gerade wegen der Richtungskämpfe unter den Fundamentalisten so komplex. Hekmatyârs «Islamische Partei Afghanistans» wurde anfänglich auch von Pakistans *djamâ'at-i Islâmî* unterstützt und hatte einen Draht nach Saudi-Arabien, woher massive finanzielle Zuwendungen kamen. Hekmatyâr liebäugelte aber auch mit Khomeini und Qaddafi, bis sich 1983 fast ein Bruch mit den Gönnern in Pakistan vollzog und die Partei sich stärker in Iran etablierte. Das eigentliche afghanische Pendant zu Pakistans *djamâ'at-i islâmî* ist die von Burhânuddîn Rabbâni geleitete *djam'îyat-i islâmî*. Die leitenden Kader beider Parteien, der Afghanen und der Pakistaner, sind dem konservativen bzw. moderaten Flügel der Islamisten zuzurechnen und stehen auf seiten Saudi-Arabiens gegen den iranischen Rivalen.

Inoffizielle Unterstützung für die

Mudjahidin kommt jedoch nicht nur von der «Islamischen Partei» Pakistans, sondern auch aus Offizierskreisen. Abgesehen von solchen Armeeoffizieren, die mit der *djamâ' at-i islâmî* liiert sind, gibt es andere, die den afghanischen Widerstand sozusagen aus nationalistischer Bravour unterstützen oder auch aus muslimischer Solidarität, ohne deshalb Islamisten zu sein. Bei einigen ist das Paschtunentum ausschlaggebend.

Kontakte mit Moskau

Dieser Faktor war mitbestimmend bei der 1983 erfolgten Demission von Pakistans Aussenminister Agha Shahi. Es gab widersprechende Gerüchte, wonach Agha Shahi einmal als Mann der Amerikaner galt, andere wonach er sich dem angeblich pro-amerkanischen Kurs Zia ul-Haqs widersetzte. Tatsächlich ist es in der pakistanischen Aussenpolitik mit dem Abgang Agha Shahis zu keinem Bruch gekommen. Agha Shahi ist vielmehr als der Verwirklicher der unter Bhutto begonnenen Politik der Blockfreiheit anzusehen, die unter Zia ul-Haq konsequenter weiterverfolgt wird als allgemein angenommen. Das Image des Militärdiktators als einer US-Marionette ist ein Zerrbild der pakistanischen Opposition, die wegen ihres mangelnden Realismus so ineffektiv ist. Die Gründe für Agha Shahis Rücktritt sind in den Konflikten zu suchen, denen der Aussenminister in seinem eigenen Ministerium ausgesetzt war. Agha Shahi trat allenfalls für einen beschleunigten Ausgleich mit Moskau und deshalb für eine Beschneidung der Mudjahidin-Bewegungsfreiheit ein. Dabei fühlte er sich von Armeeoffizieren in seinem Ministerium blockiert und in seiner Funktion gewissermassen entmachtet. Zia ul-Haq unterlässt jedoch auch nach dem Rücktritt von Agha Shahi keine Anstrengung, einen Ausgleich herbeizuführen. Deutlichstes Beispiel dafür war sein Gespräch mit Andropov anlässlich der Beerdigung Breschnjews.

Bei den sowjetisch-pakistanischen Kontakten handelt es sich um ein langwieriges Abtasten und Geplänkel. Massive verbale Drohungen Moskaus werden durch das demonstrative Überfliegen Islamabads durch russische Kampfflugzeuge unterstrichen.

Islamabad verfolgt eine ähnliche Politik des Provozierens und Beschwichtigens. Es zeigt den Russen immer wieder an, dass es durchaus noch in der Lage ist, durch Waffenlieferung an die Mudjahidin der sowjetischen Weltmacht ein Stachel im Fleisch zu sein. Gleichzeitig wird zu verstehen gegeben, dass man den Konflikt beendet sehen möchte und keineswegs bereit ist, als Instrument der anderen Weltmacht zu agieren. Die pakistanische Enttäuschung über die USA reicht zurück bis ins Jahr 1965; man ist in Islamabad weniger geneigt, sich auf Reagan zu verlassen als in manchen arabischen Hauptstädten.

Das Interesse an einer Ausweitung des Truppenexports in arabische und andere Staaten wird in Islamabad nicht verschleiert. «Was Kuba kann, können wir allemal», lautet das Motto. Das bedeutet jedoch nicht, dass Pakistan sich als pro-amerikanischer Rivale des pro-sowjetischen Kuba versteht. An eine Surrogatspolitik ist nicht gedacht. Die Absicherung der konservativen Regierungen von Jor-

danien, Oman, Saudi-Arabien und der VAE durch pakistanische Militärexperten und Truppenkontingente beruht auf handfesten wirtschaftlichen Interessen, die sich als pan-islamische Solidarität verbrämen lassen. Neuerdings engagiert sich besonders Kuwait in Pakistan, speziell bei den Versuchen, die dortige Erdölförderung auszubauen. Doch Kuwait ist auch derjenige Golfstaat, der auf eine neutralistische Politik drängt und den Dialog mit Moskau sucht.

Deshalb konnte es während der 1983 in Genf zwischen Islamabad und Kabul geführten indirekten Verhandlungen zu erstaunlichen Vorstössen kommen. So war die Rede davon, die afghanischen Flüchtlinge aus Pakistan zurückzuführen und in einem von sowjetischen Truppen geräumten Gebietsstreifen auf der afghanischen Seite anzusiedeln. Dieser Plan schien in mehrfacher Hinsicht naiv und undurchführbar, scheiterte aber vor allem an der fehlenden Bereitschaft der Sowjets, ihren Truppenabzug terminmässig zu konkretisieren. Das Wichtigste an dieser Episode scheint eher doch das Ausmass zu sein, in dem die Pakistaner Kompromissbereitschaft zeigten bzw. das ernsthafte Bemühen Islamabads, notfalls auf Kosten des afghanischen Widerstandes zu einem Einvernehmen mit Moskau zu gelangen.

Waffen für den Widerstand

Das Scheitern der unter Leitung des UN-Beauftragten Cordovez geführten Genfer Verhandlungen hatte zur Folge, dass 1983 wieder grössere Mengen Waffen über Pakistan an den afghanischen Widerstand gelangten. Dabei handelt es sich in erster Linie um Waffen sowjetischer Bauart aus ägyptischen Beständen und um chinesisches Material. Ein Teil der Waffen wurde auf dem internationalen Waffenmarkt eingekauft. Diese Lieferungen sind unbestreitbar. Sie bedeuten jedoch nicht, dass der afghanische Widerstand gut bewaffnet wäre. Zwar scheinen Schnellfeuergewehre und Panzerabwehrwaffen (zumindest in einigen Gebieten Afghanistans) in reichlicher Zahl vorhanden zu sein, es mangelt jedoch nach wie vor an Kommunikationsmaterial. Sam-7-Raketen, die zur Abwehr der gefürchteten sowjetischen Kampfhubschrauber MI 24 dringend benötigt werden, ist nur ein knappes Dutzend nach Afghanistan gelangt; von Sam-8 ist nichts bekannt.

Der pakistanischen Armee wird bisweilen von Sympathisanten des Widerstands vorgeworfen, sie behalte das Beste des für die Mudjahidin gespendeten Materials für sich. Das ist wohl wahr, nur sollte es nicht von vornherein als eine korrupte Praxis abgestempelt werden. Politische Motive sind wahrscheinlich ausschlaggebender. Die Sowjets lassen keinen Zweifel daran, dass die Belieferung des Widerstands mit hochgradigen Waffen entsprechende Repressalien gegen Pakistan nach sich ziehen würde. Aus einem Ho-Chi-Minh-Pfad von der pakistanischen Küste durch Balutschistan ins 360 km entfernte Afghanistan ist deshalb nichts geworden. Im Gegenteil, die pakistanischen Stellen halten Ausländer in Balutschistan stärker unter Kontrolle als in der Nordwestgrenzprovinz – und nicht nur wegen der latenten Rebellion eini-

ger Balutschen-Stämme gegen die Zentralregierung.

Ein weiterer Indikator für das vorsichtige Lavieren Islamabads ist die Haltung der pakistanischen Behörden gegenüber afghanischen Nationalisten, die eher links von der Mitte anzusiedeln sind. Die wichtigste unter diesen ist die «Afghanische Volksbefreiungsorganisation» (SAMA), die sich mit einigen politischen Gruppen und unabhängigen regionalen Kampfverbänden zur «Nationalen Einheitsfront Afghanistans» (NEFA) zusammengeschlossen hat. Die NEFA war eine Zeitlang der wichtigste militärische Faktor im Widerstand überhaupt, bis sie in einem Zwei-Fronten-Krieg zwischen Sowjets und Islamisten vielerorts zerrieben wurde. In der Stadtguerilla, vor allem Kabuls, und auch in einigen Landgebieten ist sie noch immer massgebend. Wegen des Anteils an anti-sowjetischen Linksintellektuellen ist die NEFA dem KGB ein Dorn im Auge. Ausserdem war sie militärisch lästig, weil sie den für die Russen wichtigsten Teil Afghanistans beherrschte, das «Nordstreifen» (Shamali) genannte Gebiet zwischen der Hauptstadt und dem strategisch überaus wichtigen Salang-Pass. In diesem Gebiet befindet sich Afghanistans wichtigster Militärflughafen, Bagram. Die Sowjets brauchten volle drei Jahre, um ihn vor Übergriffen der Mudjahidin zu sichern.

Die NEFA, die 1984 in Paris ein Büro eröffnet hat, ist in Peshawar offiziell nicht vertreten. Ihre Sprecher führen selbst in Pakistan ein Untergrunddasein. 1982 besuchte eine NEFA-Delegation unter Leitung des Pashtu-Dichters und ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Hashim Zamani mehrere europäische Hauptstädte mit der Bitte, sympathisierende Regierungen möchten doch beim befreundeten Pakistan Fürsprache einlegen, damit Islamabad der NEFA grössere Freizügigkeit einräume. Interessant ist, dass die NEFA-Vertreter die pakistanische Ablehnung allein auf die Rivalität der Islamisten zur NEFA zurückführten. Im pakistanischen Aussenministerium und bei den Sicherheitsbehörden weiss man jedoch die NEFA ob ihrer Kampfkraft wohl zu schätzen. Gerade deshalb befürchten die zuständigen pakistanischen Stellen von der Eröffnung eines NEFA-Büros in Peshawar eine besonders heftige Reaktion Moskaus.

Es gilt auch zu bedenken, dass es im afghanischen Widerstand keine Partei oder Fraktion gibt, die in irgendeinem Sinne Pakistan-hörig wäre. Es besteht also keine Tendenz, die auf den Anschluss eines befreiten Afghanistans oder eines Teiles davon an Pakistan hinarbeitet. Hingegen unterhält das Khomeini-Regime im Innern Afghanistans einen schiitischen Kampfverband, *Nasr* genannt, der nicht nur sämtliche anderen Organisationen der Mudjahidin bekämpft, einschliesslich die der Mehrheit unter den Schiiten Afghanistans *(Shûra)*, sondern auch iranische Revolutionswächter *(pâsdarân)* in seinen Reihen hat.

Das heisst nicht, dass die gastfreundliche Aufnahme der rund drei Millionen Füchtlinge seitens der Regierung in Islamabad ein reiner Akt der Selbstlosigkeit wäre. Es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, dass man sich von einem befreiten Afghanistan eine konziliantere Haltung erwartet, als frühere Regierungen in Kabul sie gezeigt haben. Doch

stehen diese Erwartungen in keinem Verhältnis zu den Aufwendungen, die Pakistan zur Bewältigung des Flüchtlingsproblems aufgebürdet sind.

Nicht nur Nachteile

Bereichert sich Pakistan an den afghanischen Flüchtlingen? Es steht ausser Zweifel, dass manch pakistanischer Wirtschaftszweig durch die Flüchtlinge profitiert. Die starke Abwanderung pakistanischer Arbeitskräfte – hauptsächlich in die Golfstaaten, aber auch nach Afrika und Europa – hatte in einigen Sektoren bereits zu Mangel an Arbeitskräften geführt. Der wurde durch billigeren afghanischen Nachschub ausgeglichen. So entstand bei Peschawar eine Satellitenstadt – ausschliesslich Afghanen waren die Bauarbeiter. Es ist auch fraglich, ob die Expansion des Transportwesens durch einige zehntausend nach Pakistan hinüber geretteter afghanischer Fahrzeuge und ihre unternehmungslustigen Bediener als Konkurrenz für die Einheimischen aufzufassen ist. Doch dürfte das Land insgesamt daraus erheblichen Nutzen ziehen. Ferner sind mit der Masse der bitterarmen Flüchtlinge auch etliche tausend «Geldsäcke» aus Afghanistan nach Pakistan gelangt, die volkswirtschaftlich gesehen eine Bereicherung des Gastlandes darstellen. Derlei afghanische Unternehmer haben nicht nur Kapital, sondern oft auch Expertise mitgebracht.

Die Belieferung der Flüchtlinge mit Hilfsgütern aus aller Welt kommt auch einem Teil der pakistanischen Bevölkerung zugute. Manche der gespendeten Güter werden von den Flüchtlingen zu Spottpreisen verkauft, um Geld für Grundnahrungsmittel zu erhalten. Einige der gespendeten Nahrungsmittel (z. B. Ölsardinen) sind den Afghanen zu ungewohnt, nicht aber allen Pakistanern, die sie somit billig erwerben. Ausserdem liegt bei so gigantischen Spendenaktionen ein gewisses Mass an Unterschlagung in der Natur der Sache. Korrupte Praktiken halten sich in Grenzen.

Internationale Hilfsaktionen tendieren mehr und mehr dazu, Projekte anzubieten, die Afghanen und Pakistanern gleichermassen zugute kommen, um gerechtfertigten Groll bei den unterprivilegierten Pakistani auszuschalten. Auf diese Weise könnte Pakistan der grösste Nutzen aus der Flüchtlingstragödie erwachsen. Bisher haben jedoch nur wenige solcher Projekte Gestalt angenommen.

In jedem Falle steht ein solcher Nutzen in keinem Verhältnis zu der Belastung, der durch drei Millionen Flüchtlinge Pakistan auferlegt ist. Islamabad steuert nach wie vor mehr als die Hälfte der Unterhaltskosten für die Afghanen bei. Vor allem ist ein ökologischer Schaden entstanden, dessen Ausmass und Folgen noch gar nicht abzusehen sind. Den pakistanischen Behörden ist es nur sehr allmählich gelungen, die Flüchtlinge umzuerziehen, d. h. ihnen statt des Gebrauchs von Brennholz die Benutzung von Kerosen-Öl beizubringen. So sind erst einmal weite Landstriche abgeholzt worden. Beispiel ist eine Buschlandschaft in der Nähe Quettas, die heute in eine Wüste mit Treibsand verwandelt ist. Der von den Flüchtlingen mitgebrachte Viehbestand wird unterschiedlich hoch angegeben, sicher liegt er nicht unter einer Million Kühe,

Schafe und Ziegen. Diese befinden sich fast ausschliesslich im Grenzgebiet, das ohnehin dringend der Fruchtbarmachung und Aufforstung bedarf. Hier bahnt sich eine Katastrophe an.

Ein weiteres Problem sind Krankheiten, die von den Flüchtlingen mitgebracht werden. Afghanistan ist nach der russischen Invasion in eine «medizinische Wüste» verwandelt worden, und gerade diese Schutzlosigkeit vor Seuchen hat viele Afghanen zur Flucht gezwungen. Es ist kaum eine Übertreibung, wenn manche Beobachter behaupten, die furchterregendste Waffe der Russen sei nicht der MI-24-Kampfhubschrauber, sondern die Tuberkulose. Tatsache ist, dass mancherorts über die Hälfte der Flüchtlinge an Tuberkulose leidet. Pakistanische Beamte bitten Journalisten, die genauen Ziffern nicht bekanntzugeben, da sich die Bevölkerung dieser Gefahr noch gar nicht bewusst sei. Sogar die Paschtunen könnten dann gegen die Anwesenheit ihrer Stammesverwandten aus Afghanistan protestieren.

Pakistan unter Druck

Hier erwachsen Aufgaben, die die pakistanische Regierung nur mit grosszügigster internationaler Hilfe bewältigen kann. Saudi-Arabiens und Kuwaits «Roter Halbmond» haben zwar einen nennenswerten Beitrag zur Linderung der Not geleistet, er steht jedoch in keinem Verhältnis zu den Erfordernissen. Um das Übel bei der Wurzel zu packen, müsste viel mehr medizinische Hilfe in die vom Widerstand kontrollierten Gebiete Afghanistans gebracht werden. Auf diese Weise könnte nicht nur der Flüchtlingsstrom eingedämmt, sondern ein Teil der Flüchtlinge sogar zur Rückkehr bewegt werden. Aus den oben genannten Gründen halten sich jedoch pakistanische Ärzte vor einem Übergreifen nach Afghanistan zurück, und bisher ist kein einziger Mediziner aus einem muslimischen Land bekannt, der bei den Mudjahidin in Afghanistan tätig wäre. Diese Aufgabe ist bisher fast ausschliesslich von der französischen Organisation *médecins sans frontières* wahrgenommen worden. Neuerdings will die italienische Organisation *Gruppo Alfa* nachziehen. Wie schon die Österreicher, werden allerdings auch die Italiener fast ausschliesslich unter den Afghanen in Pakistan tätig werden.

Die pakistanische Opposition ist zerstritten, und ihre stärkste Komponente, die von Bhuttos Tochter Benazir geführte «Pakistanische Volkspartei» (PPP) zeichnet sich durch eine irrationale, mehr auf Emotionen gründende Politik aus, die ihr selbst mehr Schaden zufügt als dem Militärregime.

In der Frage Afghanistans macht sich die PPP vollends die Sprache der Ostblockmedien zu eigen, übertrifft sie noch an Virulenz. Die Flüchtlinge werden insgesamt als Grossgrundbesitzer und Kapitalisten abgestempelt, die es aus dem Land zu jagen gilt. Man schreckt nicht davor zurück, uralte Furchtkomplexe der Völkerschaften östlich des Indus (also die volkreichen Provinzen Pandjâb und Sind) vor den kriegerischen Afghanen hochzuspielen. Bhuttos Söhne leiteten von Kabul aus die Terror-Organisation Al-Zulfikar (so genannt nach Bhuttos Vornamen), die in Pakistan einige Anschläge verübte.

Seit der von der Regierung betriebenen Umsiedlungspolitik ist die flüchtlingsfeindliche Stimmung in weiten Kreisen der pakistanischen Bevölkerung gewachsen. Die Regierung in Islamabad hat jedoch keine andere Wahl, als weiterhin Afghanen aus den überlasteten Grenzprovinzen nach Pandjâb und Sind umzusiedeln. Aber auch unter den Paschtunen macht sich Überdruss mit den Stammesverwandten aus Afghanistan breit. Seit Jahresbeginn scheint die Atmosphäre in Peschawar recht gespannt. Die in der Stadt lebenden Afghanen ihrerseits klagen über die Profitgier der Einheimischen und Diskriminierungen aller Art, hauptsächlich bei der Arbeitssuche und Bewerbung um Studienplätze.

Die Opposition scheint jedoch nicht in der Lage, aus der wachsenden Unzufriedenheit über das Flüchtlingsproblem Kapital zu schlagen. Ein Zusammenschluss mehrerer Oppositionsparteien unter dem Namen «Bewegung zur Wiederherstellung der Demokratie» (MRD) hat sich nach monatelangen erfolglosen Agitationen mehr oder weniger totgelaufen und droht weiterhin auseinanderzufallen. Das dürfte übrigens auch ein Grund dafür sein, dass Moskau jetzt ganz auf die Militärs in Islamabad setzt – Hoffnungen auf einen Volksaufstand hat man im Kreml offensichtlich aufgegeben.

Andererseits muss Zia ul-Haq der Flüchtlingsfeindlichkeit Rechnung tragen, um unnötige Provokation zu vermeiden; denn als populär lässt sich sein Regime nicht bezeichnen, und dessen ist er sich bewusst. Mit einer Intensivierung der Unterstützung für den afghanischen Widerstand ist deshalb ganz sicher nicht zu rechnen.

Festzuhalten bleibt, dass es in Pakistan keinen rechten Widerstandswillen gegen sowjetischen Druck mehr zu geben scheint. Die Furcht vor einer «Libanonisierung» des Landes ist weit verbreitet. Die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Schiiten, durch die 1982 und 1983 ganze Stadtteile Karatschis verwüstet wurden, haben die Bevölkerung zusätzlich verunsichert. Selbst die das Regime tragende Unternehmerschicht zieht der «Libanonisierung» eine «Finnlandisierung» vor. Darin liegt das eigentliche Gefahrenmoment für die Mudjahidin; nicht die «Finnlandisierung» Afghanistans, sondern Pakistans steht zur Debatte.

Khálid Durán

Pazifismus und Stil

Der Pastor Heinrich Albertz, für kurze Zeit einst auch Regierender Bürgermeister von Berlin, später wieder Pfarrer und seit seinem Eintritt in den Ruhestand eine treibende Kraft der Friedensbewegung, hat unter dem Titel *«Warum ich Pazifist wurde»* einen Band mit Beiträgen von Professoren, Schriftstellern, Kriegsdienstverweigerern und Theologen herausgegeben, der – bei aller Achtung vor den darin vertretenen Standpunkten –

ein wenig traurig macht und nicht besonders ergiebig ist, weil er weniger Argumente als Bekenntnisse enthält (Kindler Verlag). Traurig aber macht das Buch wegen der hohepriesterlichen, den Andersdenkenden herabsetzenden Sprache, derer sich Pastor Albertz in seinem Vorwort bedient. Er geht von der nicht unbedenklichen Annahme aus, wir befänden uns in einer Vorkriegsphase, da dürfe man nicht schweigen. Und also sagt er, wenn er von dem in der Öffentlichkeit durchaus bekannten Staatssekretär im Bundesministerium des Innern spricht, *«ein Herr Spranger»*. Der Familienminister der Bundesrepublik, auch nicht geradezu ein Niemand, ist für den Herrn Pastor *«ein Herr Geissler»*. Es fehlte gerade noch, dass er *«ein gewisser»* davorgesetzt hätte. Aber auch so ist auf dieser ersten Seite eines Buches, das doch dem Frieden dienen soll, vollkommen klar, dass sich hier ein Pastor und Pazifist erhaben und polemisch äussert. *Polemos* heisst griechisch, wie er natürlich weiss, das *Kriegs-* und *Schlachtgetümmel,* allgemein auch *Zwist* und *Hader,* und davon eben ist die Stilform der Polemik abgeleitet. Es gibt grosse Meister der Gattung, es gibt den heiligen Zorn und die Ironie, die Polemik zwischen den Zeilen und die eher widerwärtige Form der hinterhältigen Anbiederung mit dem Gegner. Der Pazifismus jedoch ist in Zeiten wie der unsrigen eine zu ernste Sache, als dass man in seinem Namen Menschen und Mitbürger an verantwortlicher Stelle im Staatsdienst, die jedermann bekannt und keine Verbrecher sind, zu Unpersonen machen dürfte, die man als die *«Herren X und Y»* gewissermassen nur mit der Pinzette anfassen mag. Menschen übrigens, die keineswegs etwa Feinde des Friedens, nur eben mit guten Gründen keine Anhänger der Friedensbewegung sind. Sie befinden sich damit in Übereinstimmung mit dem vor kurzem verstorbenen Manès Sperber oder auch mit dem Philosophen Sir Karl R. Popper. Wer sie hohepriesterlich in die Ecke stellen möchte, macht keine gute Figur. Der Stil, den Pastor Albertz in seinem Vorwort für gut befunden hat, ist eine unfriedfertige Sprache. Mir sind Pazifisten unheimlich, die wie der Pastor polemisch werden, wenn sie die Sache des Friedens verfechten.

Die Auseinandersetzung mit den Denkern, die wie Sperber und Popper den Frieden durch einseitige Abrüstung eher gefährdet sehen und die ausdrücklich vor Massenbewegungen in diesen die Existenz betreffenden Fragen warnen, dürfte weder polemisch noch – wie in dem erwähnten Buch – vorwiegend auf der Ebene des Gefühls und des Bekenntnisses geführt werden. Zu fragen wäre zunächst, wie sich der Pazifismus definiert, den Heinrich Albertz meint. Wer Pazifist wird, weil ihn im Kinderheim die bösen Buben geplagt haben, müsste sich doch die Frage stellen, warum es überhaupt böse Buben gibt und was man zum wirksamen Schutz vor ihrem Treiben vorkehren könnte. Auch ist es eine etwas gewagte Behauptung, wer ein Gewehr zu handhaben und damit ins Schwarze zu treffen wisse, sei schon ein potentieller Krieger. Die schreckliche Möglichkeit der Zerstörung des Lebens und seiner Grundlagen vor Augen, wird kein denkender Mensch den Krieg als wünschbar oder als Ausweg aus aktuellen Schwierigkeiten sehen. Er wird ihn im Gegenteil verabscheuen und nach Mit-

teln suchen, wie er dauerhaft abzuwenden sei. Darüber, welcher Weg zu diesem Ziel führe, gibt es entgegengesetzte Meinungen. Der gemeinsame Wille der Kriegsverhinderung, denke ich, ist in jedem Fall wichtiger als die Unvereinbarkeiten der Methode. Gäbe es vielleicht einen dritten Weg, eine schrittweise Entschärfung der Lage? Ein schöner Anfang wäre nur schon, auf den polemischen Stil zu verzichten. Und ausserdem: auch der betreibt Heldenverehrung und bewundert Kraftprotzerei, der den sogenannten heiligen Zorn streitbarer Gottesmänner bewundert.

*

Kassandra, die Seherin aus dem Haus des Königs Priamos, ist durch Christa Wolfs Erzählung zur Vorkämpferin gegen den Militarismus geworden. Zu Beginn des vergangenen Jahres erschien das Buch zusammen mit den «*Voraussetzungen*» (den Frankfurter Vorlesungen über ihren Weg zum Kassandra-Stoff) in der Bundesrepublik und eroberte sofort die Spitzenposition im Buchhandel. In der DDR dagegen war die Erzählung nicht greifbar; von den Vorlesungen erschien ein kurzer Abschnitt in «*Sinn und Form*», und in dieser Zeitschrift ritt alsbald Wilhelm Girnus eine scharfe Attacke gegen Christa Wolf, schulmeisterte sie nach Noten, weil sie schlechte Übersetzungen aus dem Griechischen benutzt habe, rügte sie, weil sie Literatur angebe, die man in der DDR nicht kaufen könne, und tadelte sie vor allem darum, weil sie die These vertritt, die Geschichte der Frauen sei eine Geschichte der Unterdrückung. Im Sozialismus, so donnerte Girnus, sei das ganz anders. Seine Polemik löste eine Diskussion aus, zu der auch Christa Wolf einige sachliche Feststellungen beitrug. Gespenstisch aber war das Streitgespräch in der repräsentativen Literaturzeitschrift der DDR vor allem darum, weil weder die Erzählung «*Kassandra*» noch die Poetik-Vorlesungen – vom erwähnten kurzen Teilabdruck abgesehen – den interessierten Lesern in der DDR zur Verfügung standen.

Zur Leipziger Buchmesse 1984 erst war dann beides für kurze Zeit in der Auslage, die Vorlesungen allerdings in einer Fassung, die um wesentliche Sätze gekürzt worden war. Christa Wolf hatte sich dazu bequemen müssen, ihren Text nach den Wünschen der Zensur zu entschärfen, und dies genau da, wo sie sich gegen die Erzeugung von Feindbildern und gegen die nukleare Rüstung auch in der DDR und im Ostblock richtet. Kassandra, die ihren unbedingten Friedenswillen selbst dem Willen zur Verteidigung überordnet, wird dadurch zur blossen Anklägerin gegen die andern. Bei Christa Wolf (in ihrem vollständigen und authentischen Text) ruft sie jedoch ausdrücklich und vor allem zum Widerstand gegen den Kriegsgeist im eigenen Lager auf . . .

Nichteinmal diese haarsträubende Verfälschung einer Position schien aber den Hütern geltender Parolen sicher genug. Nach der Eröffnung der Leipziger Messe, an der das Buch noch gesehen und im Fernsehen gezeigt wurde, ist es verschwunden, «vergriffen», wie die Auskunft in den Buchhandlungen der DDR lautet. Hätte es denn Schaden gestiftet? Die Seherin aus Troja, so lese ich in einem Kommentar der FAZ, die in Christa Wolfs Deutung die innere Aufrüstung

verweigere, stelle im Osten eine ungleich grössere Provokation dar als im Westen. Aber *«Kassandra»* sei der Rüstungspolitik beider deutschen Staaten entgegengesetzt. Über dieses Faktum täusche sich leicht hinweg, wer *nur* den Unterschied im Auge habe, dass die Erzählung im Westen ein Bestseller sei und in der DDR unterdrückt werde. Ein belangloser Unterschied scheint mir das jedoch gerade im Hinblick auf ernstgemeinte Friedenspolitik nicht zu sein. Freie Information, freie Meinungsäusserung, auch der vollständige und nicht kastrierte Abdruck eines literarischen Werks, überhaupt der vollkommen freie Austausch auf allen Gebieten des Geistes: das wären Forderungen, die man auf die Transparente der Friedensbewegung malen müsste, wenn es denn ohne Transparente partout nicht geht.

*

Die *«Schriftsteller für den Frieden»* waren noch vor Jahresfrist, als es um die Verhinderung der Stationierung neuer Raketen der NATO ging, eine vielbeachtete Versammlung und eine politische Sensation. In der DDR fand, auf Einladung von Stephan Hermlin, ihr erstes Treffen statt, mit viel Prominenz aus Ost und West. Das Fernsehen übertrug, was die berühmten Autoren in öffentlicher Sitzung über die Kriegsgefahr und, wie ihr zu wehren sei, zu sagen hatten. Sie mahnten im Namen der Menschheit vor den nicht zu verantwortenden Folgen der «Nachrüstung», sie beklagten den Unverstand der Politiker und riefen zum Widerstand gegen den Rüstungswahnsinn auf. Ein Buch mit ihren Voten hatte grossen Erfolg. Und jetzt? Wie geht es weiter? Stephan Hermlin, der Initiator des publikumswirksamen Gesprächs über die Mauer, hat in einem Interview mit der westdeutschen Zeitung *«Unsere Zeit»* (einem Blatt der KP) gesagt, das hänge nicht von ihm ab – und da mag er schon recht haben, wenn auch in einem Sinne, den er nicht gemeint hat. Er sagte, er sehe die Schriftstellergespräche über den Frieden gestört *«durch diese Herrschaften, die gegenwärtig sogenannte Flüchtlingsgespräche abhalten»*. Mit *«diesen Herrschaften»* meint er einerseits die Kollegen, die – freiwillig oder unfreiwillig – die DDR verlassen haben und nun in der Bundesrepublik leben, und anderseits meint er die Schriftsteller der Bundesrepublik, die mit den Neuankömmlingen von drüben den Kontakt aufnehmen und Gespräche führen, *«Flüchtlingsgespräche»*, wie Hermlin das spöttisch und polemisch meint.

«Ein Herr Geissler» und nun *«diese Herrschaften»*! Wie sich doch der Stil gleicht, dieses herabsetzende Austeilen von «Herren» und «Herrschaften». Dem Frieden dient es nicht, aber einige mögen der Meinung sein, es komme auf Subtilitäten stilistischer Art auch nicht mehr an, wenn das Schicksal der Völker auf dem Spiel stehe. Ich teile diese Meinung nicht. Eine der wichtigsten Voraussetzungen des Friedens ist die Bereitschaft zum Gespräch, das Bemühen um Verständigung. Beides setzt voraus, dass man den andern ernst nimmt. Nur auf dieser Basis sind dauerhafte und zuverlässige Ergebnisse zu erzielen. Der polemische Stil ist die Sprache der Abschottung.

*

Die Frage, wo man in der internationalen Politik heute ansetzen könnte und müsste, um die Kriegsgefahr wirksam zu vermindern und aufzuheben, war das Thema eines Colloquiums im Rahmen der *Martin Niemöller-Stiftung*. Es haben an dieser Aussprache, die in den Räumen des Frankfurter Dominikanerklosters stattfand, Politiker aller Parteien teilgenommen, von der CDU (Kurt Biedenkopf) über die SPD (Weisskirchen und Sielaff) bis zu den «Grünen» (M. Beck-Oberdorf). Auch die DKP, ferner der «Report»-Moderator Franz Alt (CDU), Vertreter der Friedensgesellschaft und der Vereinigten Kriegsdienstgegner, Dr. Middelhauve von der Gruppierung «Ärzte warnen vor dem Atomkrieg», Kirchenvertreter und Theologen sowie Gesprächspartner aus der Sowjetunion, darunter Nikolaj Portugalow. Die Vereinigten Staaten von Amerika allerdings waren nicht vertreten. Aus dem Bericht über das Colloqium, auf den ich mich stütze, geht nicht hervor, ob sie überhaupt eingeladen waren. Ihr Fehlen jedenfalls hat «die internationale Dimension» des Gesprächs, wie sich Biedenkopf ausdrückte, entschieden beeinträchtigt.

Anderseits aber ist hier der bemerkenswerte Versuch unternommen worden, jenseits aller Polemik und möglichst unter Berücksichtigung der divergierenden Sicherheitsinteressen nach dem Punkt zu suchen, von dem aus eine Umkehr vielleicht denkbar wäre. Die Gesprächsgemeinschaft scheint sich auf vier Stufen geeinigt zu haben: 1. Stopp der Stationierung im Westen und im Osten. 2. Einfrieren des jetzt gegebenen Status. 3. Rücknahme der bereits stationierten Waffen und 4. Atomwaffenfreie Zonen, «wo auch immer beginnend». Indem man dieses Programm bedenkt, wird auch deutlich, dass seine Folgen für die bestehenden Verteidigungskonzepte ganz genau untersucht werden müssen, dass die Sonderinteressen Grossbritanniens und Frankreichs zu berücksichtigen sind und überhaupt exakt und genau nur schon zu definieren wäre, was denn «Einfrieren» bedeute.

Aber nicht die strategische Diskussion, die unerlässlich ist, für die jedoch einem Gesprächskreis wie dem in Frankfurt versammelten die Fachkenntnisse und die Kompetenz abgehen, scheint mir in unserem Zusammenhang vordringlich. Zwar führt der Weg nur über sie, und sie wird schwierig genug sein. Aber dass dieser Weg überhaupt eingeschlagen wird, dazu scheinen mir Gespräche wie das der Martin Niemöller-Stiftung etwas beitragen zu können, mehr auf alle Fälle als Demonstrationen und Transparente, mehr auch als polemischer Stil in Reden, die vor bewegter Menge gehalten werden, und mehr als die stilistische Allüre, mit der man «gewisse Herrschaften» abkanzelt. Die Friedensgesinnung ist sehr wohl auch eine Sache des Stils.

Anton Krättli

Der Kauf der Löwengöttin

Notizen zur Psychologie des Kunstmarktes

Die Perioden wirtschaftlicher Stagnation und gesellschaftlicher Unsicherheit sind Hoch-Zeiten des Kunstmarktes. Der Mangel an rentablen und gleichzeitig leidlich sicheren Anlagen, die Angst vor dem Geldverfall, der Unwille gegenüber einem zunehmend gieriger zugreifenden Fiskus, die Aufweichung bislang unangezweifelter Norm- und Wertvorstellungen tragen zur Aufheizung eines schon von sich aus hochnervösen Kunstmarktes bei: Das Kunstwerk, eines von vielen Spekulationsobjekten und ein Fixpunkt in dem turbulenten Strom flüchtiger Erscheinungen.

Kunstmarkt! Das Wort ruft assoziativ die Vorstellung von Angebot und Nachfrage hervor, von simplen Kräften, die – lässt man sie sich ungestört auswirken – ein gleichfalls simples Gleichgewicht hervorbringen. Dass das Angebot und die Nachfrage die Resultate komplizierter intraindividueller Vorgänge und sozialer Beziehungen sind, übersieht wer sich mit dem Lehrbuch-Hinweis auf vorgegebene Bedürfnisse und Präferenzen begnügt, wer nicht beachtet, dass ökonomisches Kalkül und affektiver Impuls, dass rationales Abwägen und emotionale Geste häufig nicht so weit auseinanderliegen wie es die begriffliche Unterscheidung vermuten lässt.

Die folgenden Aufzeichnungen stellen den Versuch dar, introspektiv einige der psychischen und sozialen Abläufe festzuhalten und zu analysieren, die den Kauf eines bestimmten Kunstwerkes begleitet haben. Es ist evident, dass sie höchst subjektiv, also nicht ohne weiteres verallgemeinerungsfähig sind; dies sagt nichts über ihre Verallgemeinerungswürdigkeit aus. Mag der Bericht auch subjektiv sein, so ist dies der Preis, der für Einsichten zu zahlen ist, die anderweitig nur schwer, wenn überhaupt, gewonnen werden könnten.

Faszination auf den ersten Blick

Die erste Begegnung mit dem Kunstwerk war – so es denn einen Zufall in diesen Dingen gibt – zufällig: Der Autor sah die Statue zum ersten Mal, als er – eher der Anregung von Freunden als eigenem Antrieb folgend – eine Galerie betrat; die Statue: Eine ägyptische Bronzeplastik aus dem siebten Jahrhundert v. Chr., die löwenköpfige Göttin Sachmet darstellend, die als Herrin der Wüste, des Sturmes, des Krieges und der Heilkunst besonders in Memphis verehrt wurde und – so der Mythos – seinerzeit nur dadurch daran gehindert worden war, das ganze Menschengeschlecht abzuschlachten, dass man sie mit einem Gemisch von Bier und Blut bis zur Besinnungslosigkeit besoffen gemacht hatte; dieses schreckliche Wesen ist dargestellt in der für die Spätzeit typischen archaisierenden Form: eine wohlgeformte Frau sitzt aufrecht auf einem thronähnlichen Sessel, den Löwenkopf herrisch dem Betrachter entgegenstreckend. Ambivalent in mehrfacher Hinsicht: Göttin des Zerstörens

und des Heilens, Tier und Mensch, ist die Figur auch insofern irritierend, als der Leib das Menschliche, aber der Kopf – im Gegensatz zum gängigeren Symbol – das Tierische darstellt; die Disziplin des Körperlichen bändigt einen animalisch unbändigen Geist.

Die Faszination, die von dem Bildwerk ausging, war unmittelbar; wäre die Dargestellte nicht ein in ihrer Zweideutigkeit so grauenhaftes Wesen, könnte man von Liebe auf den ersten Blick sprechen. Ökonomisch ausgedrückt: Das Bedürfnis, diese Statue zu besitzen, entstand, so wie die Plastik im Blickfeld auftauchte. Allerdings: Der Preis liess die gerade aufkeimende kaufwillige Nachfrage in sich zusammenfallen. Obschon kein Liquiditätsengpass existierte, rückte der Preis die Statue in jene Ferne, die in Museen zwischen Kunstwerk und Betrachter liegt; die Begegnung mit der Göttin in den eigenen vier Wänden schien ausgeschlossen, ein Kauf jenseits der Grenzen des Vorstellbaren zu liegen.

Damit hätte die Geschichte zu Ende sein können, die Geschichte eines potentiellen Nachfragers, dessen bewusste und eingestehbare Präferenz- und Wertvorstellungen nicht so ausgeprägt waren, dass er bereit gewesen wäre, den Preis zu zahlen, den der Anbieter verlangte. Der Marktpreis lag über dem Wert, den der Nachfrager dem Objekt offen zugestand. Da der Galeriebesitzer – unter Hinweis auf die Preisentwicklung für ägyptische Bronzen – keine Zugeständnisse in Aussicht stellte, war eine Transaktion vorerst ausgeschlossen.

Vorerst: Denn während der nächsten zwei Monate lief beim Kaufinteressenten ein Vorgang ab, der schliesslich doch zum Kauf der Statue führte. In der Tat: Während der nächsten acht Wochen blieb der Preis des Kunstwerkes wohl unverändert; wenn also der Kauf doch erfolgte, so nur, weil im Laufe dieser Wochen die Präferenzen des (vorerst noch) potentiellen Käufers sich änderten, sich das Gefüge seiner Wertvorstellungen wandelte: es musste also die Statue in den Augen des Interessenten an Wert steigen; oder richtiger: der Interessent, der ja nach wie vor ein lebhaftes Interesse an der Statue hatte, sie also als höchst wertvoll ansah (andernfalls er die ganze Angelegenheit ad acta gelegt hätte), musste jene Gründe finden, die ihm erlaubten, das Kunstwerk zu kaufen, an welchem er ein Interesse hatte aus Gründen, die er sich selbst so ohne weiteres nicht eingestehen mochte oder konnte. Man kann es auch so sagen: Die über mehrere Wochen anhaltende Faszination der Statue deutet darauf hin, dass die Werteinschätzung von Anfang an hoch, über dem Marktpreis lag, aber wenigstens einige der Gründe für diese Einschätzung deshalb nicht mobilisiert wurden und werden konnten, weil sie in jener psychischen Zone lagen, die für den Interessenten nicht oder nur schwer zu betreten war. Die Statue bot sich in ihrer Vieldeutigkeit als Projektionsobjekt für die Ambivalenz des Käufers selbst an und war als solches von Anfang an faszinierend, aber auch gefährlich: Die flackernde Zweideutigkeit der Plastik verwies den Betrachter auf dessen eigene Schattenseiten, entdeckte Tiefen und Risse, die vor dem eigenen Auge zu verbergen viel Mühe aufgewendet worden war. Diese aus der Verdrängung wirkenden Kräfte machten den Wert der Statue wenigstens zum Teil in den Augen des Interessenten aus; nur: sich zu diesem

Wert zu bekennen und die Statue zu kaufen, war so ohne weiteres nicht möglich: Der Wert der Statue bestand in deren Ambivalenz, die ihrerseits nur wertbegründend war, weil sie die Ambivalenz des Betrachters spiegelte. Und sich zu dieser zu bekennen, war – wen will es wundern – nicht von heute auf morgen zu erwarten.

Präferenz- und Wertvorstellungen

An die Stelle der in die Verdrängung verbannten, unnennbaren Motive mussten akzeptable Gründe treten; d. h. während der besagten acht Wochen wurde einiges an Energie darauf verwendet, die offen ausweisbaren Wertvorstellungen so aufzubauen, dass der geforderte Preis gezahlt werden konnte.

Gespräche mit Sachverständigen bestätigten die künstlerische Qualität der Plastik; Hinweise von Marktanalytikern liessen erkennen, dass die sich im Preis ausdrückende gesellschaftliche Wertschätzung nicht ohne Grund war; Kalküle und Diskussionen ergaben, dass der Kauf der Statue noch im Rahmen einer sinnvollen Anlagenpolitik verantwortet werden konnte.

Darüber hinaus: Gespräche mit Freunden und Vertrauten erlaubten, die verdrängten Motive des Interesses an der Statue wenigstens zum Teil ans Tageslicht zu heben, zu enttabuisieren und so zu eingestehbaren Elementen einer Wertbegründung zu machen; schliesslich gestattete die intensive Beschäftigung mit der Kultur- und Kunstgeschichte Ägyptens den Anfang einer Versachlichung der Beziehung zu dem Kunstwerk: An die Stelle einer Faszination, welcher der Interessent passiv ausgeliefert war, trat wenigstens ansatzweise ein Interesse, welches er dem Werk aktiv entgegenbrachte.

Dass die acht Wochen tatsächlich darauf verwendet wurden, nicht ohne weiteres eingestehbare Präferenzen durch offene ausweisbare zu ersetzen und so die Gesamtheit der letzteren dem Marktpreis anzugleichen, wird durch den Umstand bestätigt, dass – als der Kauf endlich abgeschlossen war – praktisch alle früheren Gesprächspartner, soweit sie dem Käufer vertraut waren, sagten, es sei von vornherein klar gewesen, dass er die Statue kaufen würde. Offenbar hatte er sich dies nur nicht sofort eingestehen wollen: gleichfalls war auch nur er der Ansicht gewesen, er könne seine Präferenz- und Wertvorstellungen vor seinen Nächsten verbergen wie er sie vor sich selbst verheimlichte. Offenbar betrügt man in diesen Dingen eher sich selbst als andere. Dabei ist bemerkenswert, dass erst nachdem der Kauf getätigt war, der Interessent also über ein hinreichendes Mass an eingestehbaren Gründen und Motiven verfügte, die Freunde sagten, sie seien ab initio überzeugt gewesen, dass der Kauf dann doch zustandekäme. Hätten sie nämlich früher diese Meinung geäussert, wäre dies darauf hinausgelaufen, jene Tabuzone zu betreten, deren Zugang der Käufer sich selbst und seinen Freunden verwehrte. Was vor dem Kauf taktlos gewesen wäre, konnte nach dem Kauf ohne Verletzung geschehen: Jetzt gab es hinreichend eingestehbare Gründe, die Faszination der Statue zu begründen.

Nach drei Monaten wurde die Statue gekauft. Es ist nicht überraschend, dass sie während der ersten zwei bis drei Wochen wortwörtlich eine zen-

trale Stellung einnahm: Sie war das Zentrum des Hauses; auf geradezu störende Weise machte sie sich breit, drängte andere Gegenstände an die Peripherie; überraschend war allerdings, dass dies solange der Fall war, wie noch gelegentlich Zweifel auftauchten, ob ihr Kauf nicht doch besser unterblieben wäre. Es war als kämpfte das Bildwerk gegen jene Argumente, die sein Da-Sein in Frage stellten; oder weniger bildhaft; hin und wieder war es während dieser Zeit notwendig, durch besondere Anstrengungen die in ihrer Intensität noch ungefestigten, vom Einbrechen bedrohten Präferenzen für die Plastik wieder auf das Niveau des gezahlten Preises zu bringen. Nach etwa drei Wochen blieben diese Zweifel völlig aus; gleichfalls nach drei Wochen trat die Statue, wenn schon nicht in den Hintergrund, so doch aus dem Zentrum des Interesses zurück. Nicht dass sie damit an Wert oder Bedeutung verloren hätte; im Gegenteil; sie wurde ein sich harmonisch einfügendes Objekt des Lebensraumes, ein selbstverständliches, aber notwendiges, geradezu unverzichtbares Stück des persönlichen Ambientes: «als wär's ein Stück von mir». Die Wertschätzung war mittlerweile so unanfechtbar und unangefochten, dass die Erinnerung an den gezahlten Preis keinerlei Herausforderung und Bedrohung mehr darstellte. Mehr noch: Der Käufer wurde sich nach einiger Zeit mit ziemlicher Verwunderung der Tatsache bewusst, dass er nunmehr nicht mehr bereit gewesen wäre, das Werk zu einem Preis zu verkaufen, zu dem er es einige Wochen vorher sicher nicht gekauft hätte. Was aber nur bedeutet, dass seine Wertschätzung des Objektes, die er eingangs recht schmerzlich und mühevoll auf das Niveau des Preises gehoben und dort gehalten hatte, jetzt über diesen Preis hinausgewachsen war.

Intellektuelle und affektive Auseinandersetzung

Zu sagen, dass Gewöhnung und Gedankenlosigkeit dies bewirkten, scheint wenigstens in dem hier zur Diskussion stehenden Fall an der Wirklichkeit vorbeizugehen. Auch spielte die Aussicht auf Kurserhöhungen bei altägyptischen Bronzen eine bestenfalls untergeordnete Rolle. Hingegen spricht einiges für folgende Erklärung dieses auf den ersten Blick überraschenden Phänomens: Die oben skizzierten Bemühungen, die eingestehbaren und offen ausweisbaren Gründe für die Wertschätzung des Kunstwerkes auf das Niveau des Preises anzuheben, sind – man möchte fast sagen – zu erfolgreich gewesen; diese Gründe, zusammen mit den un- bzw. unterbewussten, in der Verdrängung gehaltenen Motive, führten dazu, dass die Wertschätzung der Bronze über den gezahlten Preis hinausging. Damit die Statue gekauft werden konnte, war es nötig gewesen, offen ausweisbare Gründe in einer Höhe zu finden, die den Preis rechtfertigten. Da nun diese Gründe nicht einfach nur extern gültige Rationalisierungen, aber intern unverbindlich bleibende Argumente darstellten, addierten sie sich mit den nach wie vor tabuierten Motiven zu einem Motivbündel, das einen Wert begründete, der über den entrichteten Kaufpreis hinausreichte.

Man kann es auch so sagen: In Form von intellektueller und affekti-

ver Auseinandersetzung mit dem Kunstwerk musste ein Teil des Preises für die Anschaffung entrichtet werden, und dieser Teil kam zu dem in Geld gezahlten Preis hinzu; das Kunstwerk hat entschieden mehr gekostet als die auf dem in Zahlung gegebenen Scheck angegebene Summe ausweist. Wie man nun aber aus der experimentellen Psychologie weiss, schätzt der Mensch jenes besonders hoch ein, dessen Anschaffung ihm besonders viel gekostet hat. Was nichts kostet, ist nichts.

Es ist also keineswegs verwunderlich, dass – um kognitive Dissonanzen zu vermeiden – der Besitzer der Statue seinen Verkaufspreis auf jenes Niveau anheben muss, der dem Wert adäquat ist, wie er in Übereinstimmung mit dem Gesamtpreis ist, den er selbst in Geld oder in anderer Form für das Werk aufgebracht hat. Würde er die Plastik billiger abgeben, würde er ein Verlustgeschäft machen. Interessant ist übrigens, dass der Preis, zu dem das Werk zum Verkauf stünde, nur insoweit bestimmt ist, als er über dem tatsächlich gezahlten Preis liegt; wo er wirklich liegt, ist nicht bestimmt. Dies hat vermutlich seine Erklärung darin, dass ein Teil des Einstandspreises nicht in Geld, sondern in emotionalem und intellektuellem Aufwand gezahlt worden ist, also – selbst von unmittelbar Beteiligten – nicht so ohne weiteres in monetären Einheiten ausgedrückt werden kann.

Die häufig zu hörende Äusserung, dies oder jenes sei unter keinen Umständen zu verkaufen, sei «hors-prix», entspringt wohl der gleichen Ursache: Die wertschaffenden Anstrengungen, die sich zur Aneignung des in Frage stehenden Gegenstandes als nötig erwiesen haben, sind nur schwer oder überhaupt nicht in Geld auszudrücken bzw. mit Geld aufzuwiegen. Der eben geschilderte Tatbestand, nämlich die Wertsteigerung eines Kunstwerkes in den Augen seines Besitzers über das Niveau des entrichteten Anschaffungspreises hinaus erklärt wohl, warum einmal erstandene Kunstwerke selten zum Verkauf angeboten werden und erst nach dem Ableben ihres Eigentümers von den Erben herz- und gefühllos in die Auktionssäle gebracht werden. Es scheint, dass selbst professionelle Kunsthändler nach der Begegnung mit einzelnen Objekten hin und wieder die grösste Mühe haben, sich von ihnen zu trennen.

Die Dynamik des Kunstsammelns

Nun bedeutet aber die über den gezahlten Kaufpreis hinausgehende Wertsteigerung des Kunstgegenstandes in den Augen seines Eigentümers, dass letzterer der Ansicht ist, er, nicht aber die Gesamtheit der Aktoren auf dem Kunstmarkt, hätten den Wert des Objektes richtig, also nicht zu niedrig eingeschätzt. Das heisst: In den Augen des Eigentümers ist der Kunstgegenstand mehr wert, als alle übrigen Marktteilnehmer in für ihn unverständlicher Verblendung anzusetzen bereit sind; was aber auch bedeutet, dass der Käufer ein gutes Geschäft gemacht hat. Was aber auch bedeutet, dass das Objekt in dem Sinne unverkäuflich geworden ist, dass sich auf dem Markt wenigstens vorerst kein Abnehmer finden würde, der bereit wäre, den geforderten Preis zu entrichten, es sei denn, es finde sich jemand, der seinerseits ein solch intensives Verhältnis zum Werk entwickelt,

dass bei ihm Prozesse ablaufen, ähnlich jenen, die in dieser Aufzeichnung skizziert werden. Hier liegt wohl eine der Ursachen, warum nicht selten die Begegnung von Anbietern und Nachfragern auf dem Kunstmarkt von höherer Emotionalität ist, als dies auf anderen Märkten üblich ist.

Der Käufer hätte sich mit der Realisierung des «guten Geschäftes» begnügen können. Dem war aber nicht so; vielmehr fühlte er sich genötigt, Zeit, Geld und Energie zu opfern: Auf seinem Schreibtisch stapeln sich die Werke über die Geschichte Ägyptens, eine Reise zu den Pharaonen ist geplant, spezialisierte Galerien werden nah und fern besucht, Auktionskataloge gelesen, usw. Was geschieht hier? – Offenkundig hat der Käufer gemerkt, dass der Nutzen, den er aus der Statue ziehen kann, nicht allein davon abhängt, dass er sie gegen Zahlung einer bestimmten Geldsumme in sein Eigentum überführt hat, sondern dass dieser Nutzen durch weiteren Aufwand gesteigert werden kann: Je mehr er über Ägypten, seine Geschichte und seine Kultur weiss, desto grösser ist der Nutzen, das Glück, das ihm das Kunstwerk verschafft, desto mehr kann er mit dem Kunstwerk anfangen. Recht eigentlich sind diese nach dem Kauf eingegangenen Kosten nichts weiter als die Fortführung der vor dem Kauf unternommenen Anstrengungen, um den Wert des Kunstwerkes zu erhöhen. So wie die Anstrengungen vor dem Kauf erst dadurch einen Sinn bekommen, dass der Kauf tatsächlich stattfinden wird (und der Interessent dies vermutlich von Beginn an weiss), so haben die Anstrengungen nach dem Kauf in ihrem relativ hohen Ausmass einen Sinn, weil der Kauf stattgefunden hat.

Man kann es auch so sagen: Im Zusammenhang mit dem Kauf der Löwengöttin sind Kräfte mobilisiert worden, die durch den Kaufpreis nicht völlig aufgewogen worden sind. Die Löwengöttin ist nicht in der Lage, allein den Raum auszufüllen, der gelegentlich ihres Kaufes entstanden ist. Einerseits wird dies durch den Käufer als Ausweitung der eigenen Erlebensmöglichkeiten, als Bereicherung der eigenen Person erlebt, anderseits wirkt sich dies aber auch als Mangelgefühl aus, so dass der Anreiz besteht, den so aufgebrochenen Frei- und Leerraum durch den Kauf anderer Kunstwerke auszufüllen.

Hier zeigt sich der Ausgangspunkt einer Dynamik des Kunstsammelns, die durch den Kauf von Kunstwerken Frei- und Leerräume beim Käufer schafft, die durch die Anschaffung weiterer Objekte ausgefüllt werden, was wiederum zum Aufbrechen weiterer Räume führt, die ihrerseits wiederum . . . : Aus dem rational kalkulierenden Käufer ist ein leidenschaftlicher Amateur (von lat. amare = lieben) geworden, der um so weiter gehen will, je weiter er schon gegangen ist.

Guy Kirsch